



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Klaus Adelt, Inge Aures, Florian von Brunn, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

### **Bessere Bezahlung statt Applaus – Zustimmung zum „Pflege-Tariftreue-Gesetz“**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bemühungen des Bundesministers für Arbeit und Soziales Hubertus Heil für ein „Pflege-Tariftreue-Gesetz“ zu unterstützen. Ziel muss es sein, die Arbeitsbedingungen in der Pflege per Gesetz zu verbessern und zügig für alle Beschäftigten eine Entlohnung nach Tarifvertrag sicherzustellen.

#### **Begründung:**

Nach Angaben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales arbeiten 1,2 Mio. Menschen in der Altenpflege, doch nur die Hälfte der Beschäftigten wird nach Tarif bezahlt. Der Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministers eröffnet die Möglichkeit, diese Lohnungleichheiten in der Pflegebranche endlich zu beenden. Eine gesetzliche Regelung erscheint umso wichtiger, da Verhandlungen, einen flächendeckenden Tarifvertrag für die Altenpflege einzuführen, im Frühjahr dieses Jahres gescheitert sind.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Pflegekassen nur noch jenen Pflegeanbietern die Leistungen erstatten, die ihren Beschäftigten tarifvertragliche oder vergleichbare Löhne zahlen. Für rund die Hälfte der in der Pflege beschäftigten Personen würde diese Regelung – eine Bezahlung nach Tarif – zu einer spürbaren Verbesserung führen: Vollzeitkräfte könnten im Schnitt 300 Euro mehr pro Monat erhalten.

Der Vorstoß des Bundesarbeitsministers eröffnet die Möglichkeit, noch in dieser Legislaturperiode zu einer dringend benötigten, verbindlichen Regelung zu kommen. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, den Gesetzentwurf für ein „Pflege-Tariftreue-Gesetz“ zu unterstützen.

Eine gute Entlohnung ihrer Arbeit wäre für alle in der Pflege Beschäftigten endlich mehr als nur eine symbolische Anerkennung ihrer immensen Leistungen.